

Ein blutiger Meilenstein 11.05.2011



BOGOTÁ/LIMA/BERLIN (Eigener Bericht) - Begleitet von starken internationalen Protesten haben die EU, Kolumbien und Peru im April ein umstrittenes Freihandelsabkommen unterzeichnet. Das Abkommen nützt vor allem deutschen bzw. europäischen Konzernen: Es beseitigt Investitions- und Handelsbarrieren und befreit damit den europäischen Zugriff auf kolumbianische Rohstoffe und Agrarprodukte von bisher noch bestehenden Hindernissen. Vor allem Deutschland dringt auf die rasche Umsetzung des Abkommens, dessen Inkrafttreten für 2012 vorgesehen ist. Während es dazu beitragen wird, die Investitions- und Handelschancen deutscher Unternehmen beträchtlich zu verbessern, erheben Gewerkschaften und Menschenrechtsorganisationen vor allem in Kolumbien schwere Vorwürfe. Wie es heißt, wird das Abkommen bestehende soziale Missstände in dem Land zementieren. In Kolumbien werden seit Jahrzehnten Millionen Kleinbauern vertrieben, zahlreiche weitere Kleinbauern und Gewerkschafter ermordet, Zehntausende gelten als "verschwunden". Weil das Freihandelsabkommen vor allem Investitionen in die flächenintensive Rohstoffproduktion begünstigt, rechnen Kritiker mit weiteren Massenvertreibungen - blutige Auseinandersetzungen inklusive.

Reichtum an Rohstoffen

Proteste provoziert der Abschluss des Freihandelsabkommens vor allem in Kolumbien. Das Land gilt als aufstrebendes Schwellenland; ihm werden bis zum Jahr 2015 jährliche Wachstumsquoten von rund fünf Prozent vorausgesagt. Besonders sein Reichtum an Rohstoffen ruft weltweit großes Interesse bei der verarbeitenden Industrie hervor. In der Kohleproduktion etwa ist Kolumbien regional führend und der fünftgrößte Produzent weltweit; auch deutsche Energieversorger kaufen dort große Mengen Steinkohle.[1] Daneben gelten außerdem die Vorräte des Landes an Erz, weiteren Mineralien, aber neuerdings auch an Erdöl, Erdgas und Agrarrohstoffen als lukrative Anlagensphären. Ausländische Anleger haben 2010 rund 9,5 Milliarden US-Dollar in Kolumbien investiert, für 2011 wird ein Zufluss an Direktinvestitionen im Umfang von 13 Milliarden US-Dollar erwartet. Auch deutsche Konzerne zeigen reges Interesse. Deutschland ist - bei steigender Tendenz - zudem der größte europäische Warenlieferant Kolumbiens. Gegenüber seinen nicht-europäischen Konkurrenten USA und - seit einigen Jahren - China befindet sich Deutschland allerdings deutlich im Rückstand.

Sozialer Krieg

Der ökonomische Aufschwung Kolumbiens basiert in hohem Maß auf einem seit Mitte der 1980er Jahre geführten sozialen Krieg, den kolumbianische und internationale Konzerne gegen bäuerliche Kleinproduzenten und Gewerkschaften führen. Um Land für gigantische Unternehmungen im Rohstoffabbau und in der Agrarproduktion zu gewinnen, wurden zahllose Kleinbauern auf brutale Weise von ihrem Land vertrieben oder nicht selten sogar ermordet. In der Regel arbeiten zu diesem Zweck Konzerne, Staat, Paramilitärs und kriminelle Banden Hand in Hand. In den letzten 25 Jahren sind über fünf Millionen Menschen von ihrem Land vertrieben und etwa 3.000 ermordet worden, mehr als 50.000 Menschen gelten als verschwunden. Allein 2010 mussten fast 300.000 Menschen ihre Heimat infolge gewaltsamer Vertreibung verlassen.[2] Die systematische Tötung engagierter Gewerkschafter ist alltägliche Praxis in Unternehmen, die in Kolumbien tätig sind. Allein in diesem Jahr wurden bereits neun Gewerkschafter ermordet. Vom wirtschaftlichen Aufschwung dagegen ist für den Großteil der kolumbianischen Bevölkerung nichts zu spüren. Die Arbeitslosigkeit liegt bei zwölf Prozent; 60 Prozent aller Arbeitnehmer sind im informellen Sektor beschäftigt - zu schlechtesten Bedingungen.

Bald in Kraft

Das neue Freihandelsabkommen zwischen Kolumbien, Peru und der EU, dessen Inkrafttreten für 2012 geplant ist, soll die Verwertungsbedingungen für europäische Unternehmen nun weiter verbessern. Dazu wird es Kritikern zufolge die beschriebenen sozialen Missstände zementieren. Ursprünglich war das Freihandelsabkommen als Assoziierungsabkommen zwischen den Andenstaaten Kolumbien, Ecuador, Peru und Bolivien auf der einen und der EU auf der anderen Seite geplant. Bolivien und anschließend Ecuador stiegen allerdings aus den

Verhandlungen aus: Die Regierungen der beiden Länder, die eine - wenn auch in unterschiedlichem Maße - von den westlichen Industrieländern unabhängige Politik verfolgen, erklärten die Bedingungen für inakzeptabel. Mittlerweile ist die Umsetzung des auf Kolumbien, Peru und die EU zusammengesetzten Abkommens in die entscheidende Phase eingetreten. Die jeweiligen Regierungschefs und die EU-Kommission haben es im April unterzeichnet, es bedarf jetzt nur noch der Zustimmung der nationalen Parlamente sowie des EU-Parlaments.

Freier Zugriff

Das Abkommen zielt in erster Linie darauf ab, bisher bestehende Hindernisse für Investitionen und Exporte aus den EU-Staaten zu beseitigen. Die Unterzeichner verpflichten sich, sukzessive alle Handelsbarrieren (Zölle, nicht-tarifäre Investitionshemmnisse) abzubauen. Von besonderem Interesse für europäische Investoren ist die sogenannte "Inländerbehandlung". Sie ermöglicht es ausländischen Konzernen, ohne jegliche Beschränkungen zu gleichen Bedingungen zu investieren wie einheimische Unternehmen. In Kolumbien soll diese Regelung insbesondere in den Bereichen Land- und Forstwirtschaft, Kohle- und Mineralienabbau, Erdöl- und Erdgasförderung durchgesetzt werden, aber auch in weiten Teilen des Dienstleistungssektors. Gleichzeitig sollen die Zölle für Importe aus Kolumbien in die EU gesenkt werden, vor allem für extraktive Rohstoffe und Agrarprodukte wie rohes Palmöl, Bananen, Zucker, Rindfleisch, Ethanol und Biodiesel. Die Erleichterung von Direktinvestitionen und der Abbau von Handelsbeschränkungen dienen dazu, die reibungslose Versorgung Europas mit Rohstoffen und Halbfertigprodukten zu gewährleisten.

Spitzenstandort

Die Regierung in Bogotá strebt ihrerseits bis zum Jahr 2020 die vollständige Weltmarktintegration Kolumbiens an. Bis 2019 soll das Land zu einem der drei wichtigsten Mineninvestitionsziele weltweit werden. Das Freihandelsabkommen gilt als ein wesentliches Mittel zur Umsetzung dieser ehrgeizigen Ziele. Bei einem Treffen mit Bundeskanzlerin Angela Merkel im April dieses Jahres betonte der kolumbianische Präsident Juan Manuel Santos, es sei wichtig, "auf das Gaspedal zu treten" und den Abschluss der notwendigen Abkommen "zu beschleunigen".[3] Darunter befinden sich auch ein bilaterales Investitionsschutzabkommen und ein Doppelbesteuerungsabkommen mit Deutschland, die derzeit in Arbeit sind.

Misstände zementiert

Kritiker warnen, das Freihandelsabkommen werde in der Praxis die sozialen Misstände in Kolumbien zementieren. Sowohl die Erleichterung von Direktinvestitionen als auch der Abbau von Handelsbeschränkungen fördern die flächenintensive Rohstoffproduktion und bewirken damit eine weitere Konzentration und Kapitalisierung von Land. Dies hat die Beseitigung bestehender Formen landwirtschaftlicher Subsistenzproduktion zur Folge - und somit die weitere gewaltsame Vertreibung bäuerlicher Kleinproduzenten von ihrem Land. Die Geschäftsführerin des kolumbianischen Gewerkschaftsdachverbands, Nohora Tovar, bringt dies am Beispiel der Palmölproduktion auf den Punkt: "Es benötigt die Ausbeutung von mehr als einer Million Hektar Land, um Palmen für Biokraftstoff zu pflanzen." [4] In der Regel handelt es sich hierbei um Land, das bisher für die Produktion von Nahrungsmitteln bestimmt war. Die Kapitalisierung von Land führt entsprechend zur weiteren Verknappung und Verteuerung von Nahrungsmitteln und ebnet den Markt für billige, weil subventionierte Agrarprodukte aus der EU.

Rivale China

Die Bedeutung des Abkommens für Berlin geht über rein ökonomische Aspekte hinaus. EU-Handelskommissar Karel De Gucht nennt es einen Meilenstein für die gesamten Beziehungen Europas zur Andenregion: Es werde den Handel und die Investitionen auf beiden Seiten forcieren; europäische Konzerne bekämen ein größeres Gewicht in einem rohstoffreichen Teil Südamerikas. Berlin und Brüssel zielen damit auch auf stärkeren politischen Einfluss. Entsprechend betonte Kanzlerin Merkel beim jüngsten Deutschlandbesuch des kolumbianischen Präsidenten, sie wünsche, dass "gerade das Freihandelsabkommen unterzeichnet und akzeptiert" werde.[5] Noch deutlicher formuliert es das neue Lateinamerika-Konzept des Auswärtigen Amtes (german-foreign-policy.com berichtete [6]). Darin heißt es, man sei mit dem "Problem" konfrontiert, dass viele lateinamerikanische Staaten sich außereuropäische Partner suchten. Gemeint ist der rasch wachsende Einfluss Ostasiens, insbesondere Chinas. Das Lateinamerika-Konzept empfiehlt daher, deutsche Interessen gerade auch über die EU zur Geltung zu bringen ("Kohärenz der europäischen Position"). Insbesondere solle durch "biregionale und bilaterale (...) Freihandelsabkommen auf EU-Ebene der Grundstein für die Erschließung neuer offener Märkte gelegt" werden.

Weltgeltung

Das Abkommen, das Kolumbien, Peru und die EU noch in diesem Jahr gegen heftige Proteste ratifizieren werden, dient damit letztlich nicht nur deutschen bzw.

europäischen Konzernen. Es stützt auch das Bemühen Berlins, die deutsche Weltgeltung gegenüber China zu konsolidieren.

[1] s. dazu [Ein Umweltordnungsplan](#)

[2] Geschäftsinteressen vor Mensch und Umwelt? www.weed-online.org

[3] Pressekonferenz vom 13.04.2011 mit Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem Präsidenten der Republik Kolumbiens Juan Manuel Santos

[4] "Eure Benzintanks sind mit Blut gefüllt!" Wiener Zeitung 02.04.2011

[5] Pressekonferenz vom 13.04.2011 mit Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem Präsidenten der Republik Kolumbiens Juan Manuel Santos

[6] Deutschland, Lateinamerika und die Karibik. Konzept der Bundesregierung, hrsg. vom Auswärtigen Amt 2010. S. dazu [Die neue Lateinamerika-Offensive](#)

Copyright © 2005 Informationen zur Deutschen Außenpolitik

info@german-foreign-policy.com